

Entschließungsantrag

des Abgeordneten **Ing. Lugar, Mag. Darmann**
Kolleginnen und Kollegen
betreffend „**Flüchtlingskrise: Nationaler Schulterschluss zum Schutze Österreichs**“

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2: Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG betr. Regierungsumbildung bzw. Ernennung eines neuen Regierungsmitgliedes

Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise sind auf verschiedenen Ebenen zunehmend spürbar. Zwischenfälle mit Asylsuchenden scheinen sich zu häufen; fast täglich sind Berichte über strafrechtsrelevante Übergriffe zu vernehmen. Gleichzeitig bestehen erhebliche budgetäre Auswirkungen. Allein im Jahr 2015 verursachte die Flüchtlingskrise nach aktuellen Schätzungen Kosten in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro. Das Vertrauen der Bevölkerung sinkt nachweislich, ein klares Entgegensteuern der Verantwortlichen ist notwendig.

Zwar waren zarte Lösungstendenzen am Ende des Asylgipfels in der letzten Woche zu vernehmen, jedoch wurden diese insbesondere von Vertretern der SPÖ fast vollständig negiert. Nahezu täglich äußerten sich seitdem rote Parteivertreter, um die Begrifflichkeit der Obergrenze zu bekämpfen und zu relativieren.

Insgesamt erfordert die geschilderte Tatsachenlage umgehende Lösungen in verschiedenen Bereichen, um die nachhaltigen finanziellen, sicherheits- und intergrationspolitischen Auswirkungen schnellstmöglich zu begrenzen. Im Sinne Österreichs dürfen Parteigrenzen in der Frage der Bewältigung der Massenmigration keine Rolle spielen. Ein nationaler Schulterschluss hat über die Parteigrenzen hinweg zu erfolgen.

Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist längst zu schnüren. Beispielsweise sind verschiedenste Gesetze wie etwa das Asylgesetz umgehend zu ändern, um die Asylverfahren erheblich zu verkürzen und Abschiebungen erleichtert durchführen zu können. Selbstverständlich sind dafür sowie zur Sicherung der inneren Sicherheit die budgetären Mittel für die Exekutive und das Bundesheer zu erhöhen. Weiters sind Verschärfungen im Staatsbürgerschafts- und im Fremdenpolizeigesetz sowie im Strafgesetzbuch durchzuführen, um entsprechend auf Schlepperunwesen, illegale Grenzübertritte und IS-Kämpfer unter den Migranten reagieren zu können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Lösung der Flüchtlingskrise im Rahmen eines nationalen Schulterschlusses umgehend legislative Maßnahmen dem Nationalrat zuzuleiten, um etwa die Asylverfahren nachhaltig zu verkürzen, die Abschiebebestimmungen insbesondere auch für straffällig gewordene Asylwerber zu verschärfen, Wirtschaftsflüchtlinge an der Staatsgrenze abzuweisen, sowie die Geldmittel der Sicherheitsexekutive sowie des Bundesheeres aufzustocken.“

